

Sozialismus.de

Heft 6-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FAIRWANDEL

F. Astleithner/J. Flecker: Gewerkschaften in Österreich

Beiträge u.a. von

Katrin Lompscher, Raul Zelik, Thomas Jaitner, Klaus Bullan, Joachim Bischoff, Bernhard Müller, Kai Mosebach, Stephan Krüger, Fritz Fiehler

**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelles immer auf der Website – ohne Paywall!

Die Redaktion veröffentlicht eigene aktuelle Bewertungen politisch-ökonomischer Ereignisse sowie Beiträge von weiteren Autor*innen zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.Sozialismus.de

Zum Beispiel zum EuGH-Urteil zur Arbeitszeiterfassung:

Das Gespenst Stechuhr

Bei ihrem erneuten Angriff auf den Acht-Stunden-Tag und das Arbeitszeitgesetz haben die Wirtschaftsverbände Gegenwind von den Richtern des Europäischen Gerichtshofs bekommen. ...

oder zur »Causa Strache«:

Entlarvung der rechten Saubermänner

Ein heimlich aufgenommenes Video bedeutet das Ende der schwarz-blauen Regierung und eine Staatskrise in Österreich. ...

oder zur Zuspitzung am Golf:

Niemand hat die Absicht, einen Krieg zu beginnen

Die Lage am Golf spitzt sich weiter zu, auch wenn die US-Regierung betont, dass sie keinen Krieg gegen Iran wolle, und der iranische Revolutionsführer Ali Chamenei versichert, dass es keinen Krieg geben werde. ...

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent*innen und Leser*innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Anti-Establishment- und EU-Kritik von rechts

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Aufstieg der »modernen Rechten« 2

Real existierende soziale Marktwirtschaft

Björn Radke:
Sozialistische Systemkritik an den Eigentumsverhältnissen 10

Redaktion Sozialismus:
Mietenwahnsinn und Alternativen 13

Der Kampf ums Wohnen – Berlin als Labor für städtische Demokratie
Interview mit Katrin Lompscher 18

Wahlen in bewegten Zeiten

Thomas Jaitner: Die Wiederauferstehung der PSOE als Chance für eine progressive Politik? Eine Auswertung der spanischen Parlamentswahlen 23

Raul Zelik:
Katalonien verhindert Rechtsruck in Spanien 28

Klaus Bullan: Wahlen in Südafrika –
ein starkes Mandat für Cyril Ramaphosa? 32

Forum Gewerkschaften

Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FairWandel. Für eine Industriegesellschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt 36

Franz Astleithner/Jörg Flecker: Gewerkschaften in Österreich
Sozialpartnerschaft vor dem Aus? 39

Otto König/Richard Detje: Mafiöse Strukturen und Ausbeutung
in der Paketbranche eindämmen 46

Kritik & Klärung

Kai Mosebach: Kommerzialisierung wider Willen. Klarstellungen zum »großen Fremdeln« der Ökonomisierungskritiker*innen im Gesundheitswesen 49

Stephan Krüger: Wie entsteht globale Ungleichverteilung? Karl Georg Zinns
»arbeitswerttheoretische« Fundierung der »imperialen Lebensweise« 56

Fritz Fiehler: Konjunkturgeschichte & Krise. Zur Edition der Krisenhefte und Briefe von Marx und Engels über die erste Weltwirtschaftskrise von 1857 60

Nachruf

Johanna Klages (1935-2019) 63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 59

Veranstaltungen & Tipps 68

Max Lill: Knock down the house (Filmkritik) 69

Wahlen in Südafrika – ein starkes Mandat für Cyril Ramaphosa?

von ■ Klaus Bullan

Am 8. Mai fanden in Südafrika die Wahlen zum nationalen Parlament und gleichzeitig die Wahlen in den neun Provinzen des Landes statt. Der ANC konnte seine absolute Mehrheit mit 57,5% der nationalen Stimmen behaupten und erreicht 230 von 400 Mandaten, verliert aber mehr als 4%. Die größte Oppositionspartei bleibt die neolibérale, noch immer von der weißen Bevölkerung dominierte Demokratische Allianz (DA) (siehe Abbildung 1).

Mit 20,4% verliert sie gegenüber 2014 ca. 2%. Die größten Zugewinne erreicht die linkspopulistische und linksnationalistische EFF (Economic freedom fighters) – sie kommt auf 10,8% der Stimmen (2014: 6,4%). Mit 2,4% (414.000 Stimmen) erreicht die Vry-

heidsfront Plus mehr als doppelt so viele Stimmen wie 2014. Diese Partei ist eine Interessenvertreterin der Buren in Südafrika, die für einen burischen Volksstaat eintritt. Die radikale Rechte hat 2019 damit auch Südafrika erreicht. Die Inkhata Partei, die ihre Basis in Kwa-zulu Natal hat und dort stärkste Oppositionspartei wird, erreicht mit 3,4% deutlich mehr als bei den letzten Wahlen. Alle übrigen Parteien spielen kaum eine Rolle.

In acht der neun Provinzen Südafrikas erhält der ANC die absolute Mehrheit und kann dort allein regieren – auch in der »Herzkammer« der Wirtschaft, in Gauteng mit den Städten Johannesburg und Pretoria. Mit knapp über 50% ist der ANC dort gerade so da-

vorgekommen. Nur im Western Cape mit Kapstadt regiert weiterhin die DA.

Seit dem Höhepunkt 2004 mit fast 70% der Stimmen ist der Wähler*innenanteil für den ANC von Wahl zu Wahl zurückgegangen, und dieser Trend setzt sich 2019 fort. Angesichts des Debakels in den Kommunalwahlen 2016, in denen der ANC wichtige Metropolregionen wie Johannesburg, Pretoria und Nelson Mandela Bay verlor, hat der ANC unter Ramaphosa allerdings wieder Boden gut gemacht.

Die Parlamentswahlen in Südafrika fanden in bewegten Zeiten statt. Es ist fast genau 25 Jahre her seit den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika, die dem afrikanischen Nationalkongress (ANC) unter Führung von Nelson Man-



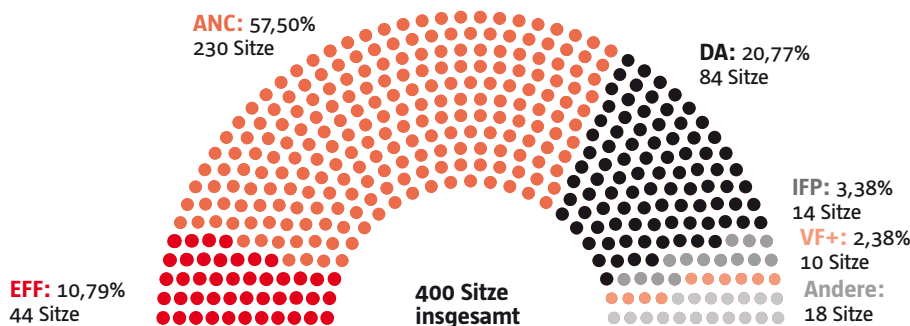
ANC-Anhänger*innen feiern den Wahlsieg, Johannesburg, 12.5.2019 (Foto: dpa)

delas eine klare Mehrheit brachte, die der ANC bis heute niemals verlor. 57,5% landesweite Wähler*innenstimmen für den ANC bei der jetzigen Wahl können nur schwer als Krise des ANC gedeutet werden, vor allem wenn man dieses Wahlergebnis mit Wahlen in Europa, Nordamerika und anderen Teilen der Welt vergleicht, wo Regierungsbildungen immer schwieriger werden und absolute Mehrheiten extreme Ausnahmesituationen sind. Das historisch schlechteste Ergebnis für den ANC in Prozentpunkten und vor allem in absoluten Stimmen gibt dem amtierenden Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa gleichwohl das Mandat, Südafrika fünf weitere Jahre zu regieren.

Die Abgesänge, die nach neunjähriger Regierungszeit unter Jacob Zuma auf den ANC gehalten wurden, erwiesen sich zumindest als verfrüht. Weder ist es den konkurrierenden politischen Kräften gelungen, die Zustimmung einer deutlichen Mehrheit der Wähler*innen für den ANC zu verhindern, noch konnten die größten Oppositionsparteien entscheidende Gewinne erzielen – sieht man von den Zugewinnen der linksnationalistischen Economic Freedom Fighters (EFF) ab, denen es bei geringer Wahlbeteiligung gelang, ihre Wählerbasis zu mobilisieren.

Dennoch sendet auch diese Wahl deutliche Warnsignale an den ANC. Die Wahlbeteiligung, die auf das historische Tief von 65% gefallen ist,¹ bringt deutlich zum Ausdruck, dass der ANC als historische Befreiungsbewegung an Rückhalt in der Bevölkerung verliert. In einem Land, das noch immer wirtschaftlich eindeutig von der weißen Minderheit (8% der Bevölkerung) dominiert wird, ist der Wert, den es für die 80% Schwarzen hat, dass sie vom ANC regiert werden, hoch, aber er geht zurück. Insbesondere die Jugend unterstützt den ANC bei Wahlen kaum noch. Die Hälfte der zehn Millionen Jungwähler*innen hat sich erst gar nicht zu den Wahlen registrieren lassen, vom übrigen Teil sind ebenfalls viele nicht zur Wahl gegangen. Die größte Zustimmung erreicht der ANC noch immer in den unentwickelten ländlichen Provinzen und Regionen, was viel mit traditionellen Bindungen zu tun hat. Da-

Abbildung 1: Ergebnisse der Parlamentswahl 2019 und Zusammensetzung der Nationalversammlung



gegen ist die Zustimmung unter der wachsenden schwarzen Mittelschicht in den großen Städten zurückgegangen. Auch wenn von diesen viele noch nicht die rechte (DA) oder die linke Oppositionspartei (EFF) wählen – der ANC erhält ihre Stimme immer seltener. In absoluten Zahlen hat der ANC bei dieser Wahl fast 1,4 Millionen Stimmen verloren, das sind mehr als 10%.

Ramaphosa hatte Ende 2017 den umstrittenen Zuma an der Spitze des ANC und Anfang 2018 als Regierungschef abgelöst und damit neue Zuversicht im ANC und unter großen Teilen von Südafrikas Bevölkerung hervorgerufen. Zumas Erbe ist ein durch Klientelwirtschaft, Korruption und »state capture« erschüttertes Land, in dem das Vertrauen in staatliches Handeln erst mühsam wiederhergestellt werden muss. Auch wenn Ramaphosas Amtsantritt mit großen Hoffnungen verbunden war, man sprach von »Ramaphorie«, ist dieses Vertrauen noch längst nicht wiederhergestellt. Wenn der ANC dennoch erneut von den Wähler*innen mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet wird, so ist das allenfalls ein Vertrauensvorschuss auf die Zukunft.

Ramaphosa konnte in seiner 15-monatigen Amtszeit keine grundlegenden Veränderungen durchsetzen. Zum einen sind die (welt)wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür prekär, zum anderen ist die Zerrüttung des Reproduktionsprozesses in Südafrika sehr weitreichend, und zum dritten ist die Machtbasis der Ramaphosa-Fraktion im ANC und bei seinen Bündnispartnern aus dem Gewerkschaftsdachverband COSATU und der kommunistischen Partei Südafrikas so fragil, dass härteres

Durchgreifen gegenüber der noch immer starken Zuma-Fraktion im ANC vor den Wahlen nicht möglich war.

Für Ramaphosa ist ein gutes Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen eine Voraussetzung, seine Vorstellungen für eine gute Regierungsführung und den internen und externen Kampf gegen Vetternwirtschaft, Korruption und state capture umzusetzen. Dafür hat er bei diesen Wahlen ein Mandat erhalten – auch von politischen Kräften, die nicht unbedingt zu seinen Anhängern gehören, sondern ein stabiles Mandat für den ANC für eine Voraussetzung halten, um Südafrika wieder auf einen Wachstumspfad zu bringen.

Mit dem Fall des Wahlergebnisses auf unter 60% erstmals seit Beginn des demokratischen Südafrikas vor 25 Jahren hat der ANC eine Entwicklungsphase erreicht, in der nicht mehr in erster Linie seine Erfolge im Kampf gegen das Apartheidsregime und für seine Überwindung zählen, sondern die Politik, die der ANC als Regierungspartei macht, zur Abstimmung steht.

Die neue ANC-Regierung im Jahr 2019 steht vor Herausforderungen, die denen der vorherigen Regierungen seit 1998 – dem Ende der Amtszeit Nelson Mandelas – ähnlich sind. Allerdings sind die Ausgangsbedingungen deutlich schlechter als damals. Drei zentrale Probleme, die eng miteinander verbunden

Klaus Bullan ist Mitherausgeber von Sozialismus.de. In Heft 5/2019 erschien von ihm der Beitrag: »Von der Theorie des Humankapitals zum ›bildungsindustriellen Komplex«.

¹ Da die Wahlbeteiligung nur als Prozentsatz der registrierten Wähler*innen berechnet wird, sich aber ca. 10 Millionen Personen nicht registriert haben, liegt die tatsächliche Wahlbeteiligung nur bei rund 50%.

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 5/19 u.a.:

- Slave Cubela: »Reich und asozial« – Umriss eines drohenden Zeitalters
- Marianne Garneau: »Der Frauen*streik, neu überdacht« – Über »Feminismus der 99 Prozent« ohne Machtbasis
- Willi Hajek im Gespräch mit Peter Birke: »Gelbwesten – eine Zwischenbilanz« – Der Stand der Bewegung
- Faire Mobilität: »Kettenhunde im Mobility Package« – Aufgaben für Gewerkschaften im Speditionsgewerbe
- Adeline de Lepinay: »Klinkenputzen fürs Kollektiv« – Interview über die Anfänge des Community Organizing in Frankreich

Probelesen?! Kostenfreies
Exemplar per mail o. Telefon anfordern

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

sind, muss die neue südafrikanische Regierung angehen:

1.

Die Spaltung der südafrikanischen Gesellschaft zwischen Arm und Reich, die weltweit Spitzenwerte beim Maß der Einkommens- und Vermögensverteilung gemessen am Gini-Koeffizienten annimmt, muss reduziert werden. Diese Spaltung ist in Südafrika auch eine Spaltung nach Hautfarben.² Armut und Arbeitslosigkeit, prekäre Wohnsituation, schlechte Schulbildung und unzureichende Gesundheitsversorgung sind besonders hoch bei der schwarzen und farbigen Bevölkerung und besonders gering bei den Weißen. Bei einer offiziellen Arbeitslosenrate von 27% sind insbesondere schwarze Jugendliche betroffen. 39% der unter 34-Jährigen gehören in Südafrika zu den Personen, die weder in schulischer Bildung, beruflichem Training oder in Beschäftigung sind (NEED). Das ist ein im internationalen Vergleich extrem hoher Wert und der ist in Townships unter schwarzen Jugendlichen noch viel höher.

Trotz enormen Verbesserungen bei der Versorgung mit Wohnraum, fließendem Wasser und Elektrizität seit dem Ende der Apartheid sind auch heute noch viele Südafrikaner*innen davon ausgeschlossen. Noch immer haben 7% der Südafrikaner*innen keinen Zugang zu eigenem Wasser, 14% zu Elektrizität und 34% zu eigenen sanitären Anlagen. Die absolute Armut nach internationalen Messziffern ist seit dem Ende der Apartheid von 33,8% auf 18,8% gefallen – sie ist aber für ein Land mit mittleren Einkommensstrukturen wie Südafrika noch immer sehr hoch. Die Armut ist bei Frauen und insbesondere in ländlichen Regionen besonders hoch.

Die soziale Spaltung, die mit einer Spaltung nach Hautfarben verbunden ist, ist auch im sozialräumlichen Umfeld augenfällig. Nach wie vor wohnen die meisten schwarzen und farbigen Südafrikaner*innen in Townships am Rande der Städte – heute nicht mehr wie in den Apartheidszeiten, weil ihnen das Recht auf freie Wahl des Wohnorts nicht zusteht, sondern überwiegend aus sozialen Gründen: Der Wohnraum in den Innenstädten ist einfach zu teuer.

Die Townships sind i.d.R. arme Gemeinden mit mangelhafter Infrastruktur und wenigen Arbeitsplätzen. Diejenigen, die in den Städten einen Job haben, müssen meist weite Wege zum Arbeitsplatz auf sich nehmen und öffentlicher und privater Transport ist für sie ein großes logistisches, zeitliches und vor allem finanzielles Problem. »Service delivery«-Proteste gegen unzureichende öffentliche Transportmittel spielen in vielen Townships eine zunehmende Rolle neben den Protesten gegen mangelhafte Versorgung an Schulen, im Gesundheitswesen, bei Strom, Wasser und Wohnungen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der Lage sind schlecht: 2018 musste sich Südafrika mit einem bescheidenen Wachstum von 0,7% begnügen, und in diesem Jahr wird es nicht über 1,5% liegen. Bei einem jährlichen Bevölkerungswachstum von ca. 6% wird Südafrika so immer ärmer. Die Bekämpfung der Armut und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind nach wie vor die Schlüsselprobleme für das staatliche Handeln.

Maßnahmen zur Belebung des Wirtschaftswachstums, wie z.B. durch den Investitionsplan der Regierung Ramaphosa in Höhe von 100 Mrd. Rand in fünf Jahren (Ausbau der Infrastruktur etc.) sind ebenso dringend notwendig wie die Umverteilung von Reichtum zugunsten der Armen und Arbeitslosen. Hier ist die Einführung des nationalen Mindestlohns in Höhe von 20 Rand pro Stunde, der Einkommensverbesserungen bei fast der Hälfte der Beschäftigten gebracht hat, zwar ein richtiger Schritt, dem aber weitere folgen müssen. Aufgrund hoher Armutsraten und Arbeitslosigkeit ist die Steuerbasis des Staates prekär: Einkommenssteuer wird nur von 13% der südafrikanischen Bevölkerung gezahlt.

2.

Landenteignung ohne Entschädigung ist ein Thema in Südafrika, seit ANC und EFF die Prüfung einer Verfassungsänderung mit diesem Ziel beschlossen haben. Auch hierbei geht es in erster Linie darum, die ungleiche Eigentumsverteilung – vor allem zwischen Schwarz und Weiß – zu reduzieren. Entgegen

den Versprechen der ANC-Regierungen seit 1994 ist es bisher nicht gelungen, die Verteilung des Landbesitzes gerechter zu regeln. Immer noch besitzen die weißen Südafrikaner*innen, die 8% der Bevölkerung ausmachen, mehr als 70% des Landes. Insbesondere die EFF, die sich allein für die Interessen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit einsetzt und schon mal den Exodus der weißen Südafrikaner*innen fordert, hat den ANC unter Druck gesetzt. Drohkulissen, in denen auf die Erfahrungen mit der Landenteignung in Zimbabwe unter Mugabe verwiesen wird, die zu Miswirtschaft und Hungersnöten geführt haben, nachdem die weißen Eigentümer das Land verlassen haben, werden aufgebaut. Präsident Ramaphosa hat erklärt, zunächst nur Enteignungen von brachliegendem Land vornehmen zu wollen, und zur Bedingung für Enteignungen gemacht, dass die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung und der wirtschaftlichen Produktivität gewährleistet ist.

Traditionelle »Chiefs« haben ebenfalls Zugriff auf große Flächen, die zum Teil brachliegen, wehren sich aber wie die weißen Landbesitzer gegen Umverteilungen. Versammlungen im ganzen Land, in denen die Vorschläge von den betroffenen weißen Farmern, landlosen schwarzen Farmarbeiter*innen und ihren Familien diskutiert werden, sind im Gange und bringen teilweise massive Konfrontationen mit sich – mit 25 Jahren Verspätung. Gegenwärtig muss allerdings – entgegen den Berichten in den deutschen Medien – eher befürchtet werden, dass nichts geschieht, als dass Zustände wie in Zimbabwe drohen.

3.

State capture und Korruption haben den Reproduktionsprozess in Südafrika über lange Zeit massiv beschädigt. Es ist keineswegs damit getan, eine Handvoll korrupter Politiker*innen und Unternehmer zu entmachten bzw. vor Gericht zu stellen. Zuma und seine Familie und die Unternehmerfamilie Gupta sind nur die Spitze des Eisbergs von Korruption und Vorteilsnahme. Das System ist tief in der südafrikanischen Gesellschaft verankert und nicht erst unter Zumas Präsidentschaft entstanden, weshalb es

auch mit seinem Fall nicht beendet ist. Schon mit Übernahme der politischen Macht des ANC ab 1994 war die Ausgangslage so, dass diese Mechanismen leicht implementiert werden konnten.

»Die formellen ökonomischen Sektoren waren dominiert von etablierten Geschäftsleuten und Unternehmen, Chancen waren selten, die Nachfrage war hoch und der Wettbewerb darum war heftig. In diesem Kontext ist der Staat der Ort für Jobs, Einkommen, Verträge, Ausschreibungen und Lizenzen und ist so eine offensichtliche Ressource bei der Formation einer neuen Elite.« (Karl von Holdt, *The political economy of corruption: elite-formation, factions and violence*, 2019, S. 3, Übersetzung K.B.).

Die spezifische Situation des Übergangs in ein Nach-Apartheidssystem ließ das Eigentum in den Händen der weißen Vorbesitzer, die ANC-Regierung wollte die Besitzstrukturen mithilfe von black economic empowerment aufbrechen. Das kam aber allenfalls einer kleinen Schicht schwarzer Unternehmer zugute. Unter Zuma wurde die Klientelwirtschaft auf die Spitze getrieben und bei weltwirtschaftlich induzierter Wachstumsschwäche der Ökonomie mit damit einhergehender Zuspitzung der sozialen Gegensätze brach der Widerstand gegen diese Politik zunehmend auf. Inzwischen wissen wir, dass große internationale Beratungs- und Industrieunternehmen sowie Banken wie McKinsey, KPMG und SAP kräftig mitgemischt haben.

Die wichtigste Ressource sind die Staatsunternehmen. South African Airlines (SAA), das Transportunternehmen Transnet und der Energieversorger Eskom sind aktuell die herausstechenden Beispiele dafür, dass »state capture« nicht nur eine kleine oder auch größere Schicht von Führungspersonal bereichert, sondern für die Steuerzahler*innen enorme Kosten verursacht, und die Lebensqualität durch schlechte öffentliche Dienstleistungen massiv beeinträchtigt und das Wirtschaftswachstum behindert. Der staatliche Energieversorger Eskom hat Milliarden an Steuergeldern verbrannt durch die Bereicherung des Personals in den Vorstandsetagen und eine um mehr als 60% zu hohe Belegschaft verglichen mit

ähnlichen Unternehmen. Das Ergebnis war, dass zu wenig investiert wurde, so dass es erneut in den ersten Monaten 2019 zu planmäßigen, regelmäßigen Stromabstellungen gekommen ist – ein Los, das Südafrikaner*innen seit Jahren ertragen müssen.

Die erste Maßnahme der Ramaphosa-Regierung war die Auswechslung vieler Führungskräfte in staatlichen Unternehmen, im Ministerium für öffentliche Unternehmen und im Finanzministerium und seinen untergeordneten Institutionen wie dem South African Revenue Service (SARS), der Steuerbehörde. Darüber hinaus sind die öffentlichen Institutionen und Strafverfolgungseinrichtungen, die sich mit den Korruptionsvorwürfen beschäftigen, gestärkt worden und es vergeht kein Tag, in dem nicht von Untersuchungen und Anhörungen berichtet wird.

Ob das Wahlergebnis Ramaphosa innerhalb des ANC stärkt, bleibt abzuwarten. Unter seiner Führung hat der ANC zwar Stimmen verloren, kann aber in Südafrika (einschließlich der wichtigsten Provinz Gauteng) weiter allein regieren. Dramatische Stimmenverluste sind abgewendet worden, auch durch die Popularität Ramaphosas. Seine Gegenspieler im ANC gehen nicht gestärkt aus den Wahlen hervor, zahlreiche »Provinzfürsten« haben bei diesen Wahlen höhere Verluste hinnehmen müssen (Free state, Kwazulu Natal).

Ramaphosa hat jetzt fünf Jahre bis zu den nächsten nationalen Wahlen Zeit, seine Politik zu umzusetzen. In der kurzen Zeit seit seiner Amtseinführung Anfang 2018 war er damit beschäftigt, innerhalb des ANC seine Machtbasis zu entwickeln und Vertrauen in der Bevölkerung für den ANC wiederherzustellen. Von der Anfangseuphorie ist zwar nicht viel geblieben, weil Ramaphosa noch nicht »geliefert« hat. Dennoch ist er – wie auch das Wahlergebnis zeigt – in weiten Teilen der Wahlbevölkerung anerkannt und hat ein klares Mandat, das Land und den ANC voranzubringen. Vielleicht ist das die letzte Chance für den ANC.

² In den offiziellen Statistiken werden die Bürger*innen Südafrikas nach wie vor in vier Kategorien eingeteilt und alle Daten getrennt für diese Gruppen erhoben: Schwarze, Farbige, Inder und Weiße.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

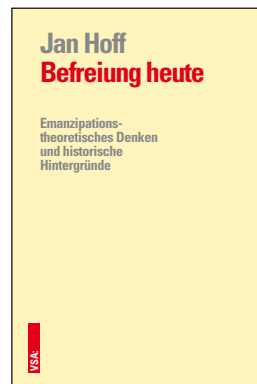
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de